
FREIHEITEN UND
GEMEINSCHAFTEN

Rezension von: Michael Walzer, *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*, Rotbuch Verlag, Berlin 1992, 266 Seiten, DM 42,-.

Seit einigen Jahren wogt die kommunitaristische Debatte. Da die Argumente, um die es in dieser Debatte geht, in europäischen Ländern noch nicht zum festen Bestandteil des politiktheoretischen Wissens gehören, ist es angebracht, einige Bemerkungen zum Kontext vorzuschicken.

John Rawls hatte mit seinem Hauptwerk *A Theory of Justice* eine liberale Gerechtigkeitstheorie vorgelegt, und Michael Sandel versuchte sich 1982 mit seinem Buch *Liberalism and the Limits of Justice* an einer Kritik. Der Versuch von Rawls, die Anforderungen an eine „gerechte“ Gesellschaft auf ein Minimum prozeduraler Regeln zu beschränken, löste eine heftige Diskussion darüber aus, ob man sich eine Gesellschaft ohne eine Idee des „Guten“ vorstellen könne. Wenn man die Diskussionsteilnehmer mit einigem Nachdruck polarisieren will (trotz vieler Differenzierungen im Laufe der Diskussion), so gehören neben Rawls folgende Autoren in die liberale Ecke: Ronald Dworkin mit seinem *Taking Rights Seriously* (1977) und *A Matter of Principle* (1985), Thomas Nagel mit seinem *Equality and Partiality* (1991), Bruce Ackerman mit seinem *Social Justice in the Liberal State* (1980). Zu den Kommunitaristen zählen neben Sandel: Charles Taylor, von dem zwei-bändige *Philosophical Papers* (1985) und das Buch *Sources of the Self* (1989) vorliegen, Alasdair MacIntyre mit seinen Büchern *After Virtue* (1981), *Whose Justice? Which Rationa-*

lity? (1988) und *Three Rival Versions of Moral Enquiry* (1990), und Michael Walzer mit seinen Werken *Spheres of Justice* (1983; dt. *Sphären der Gerechtigkeit*, 1992), *Interpretation and Social Criticism* (1987; dt. *Kritik und Gemeinsinn*, 1990) und *The Company of Critics* (1988; dt. *Zweifel und Einmischung*, 1991). Auf die Angabe wichtiger Aufsätze, in denen viele der Argumente vorgebracht wurden, müssen wir verzichten.

Worum es bei der Diskussion geht, ist die Rawlsche Grundidee, daß unter den Bedingungen einer wertrelativistischen und wertpluralistischen Welt nur das allgemeine Prinzip gleicher Rechte und Freiheiten als normativer Maßstab für die Einrichtung gesellschaftlicher Verhältnisse dienen kann. Dem halten die Kommunitaristen entgegen, daß über Gerechtigkeitsfragen nur dann sinnvoll gesprochen werden kann, wenn es eine gemeinsame Grundlage von Werten, also eine geteilte Vorstellung des Guten oder des Gemeinwohls, gebe. Noch klassischer und allgemeiner formuliert, geht es um Fragen wie: Was hält eine moderne Gesellschaft zusammen? Was ist das Verbindende des gemeinsamen Lebens? Wie läßt sich das integrierende Moment aus liberaler Perspektive formulieren?

Eine solche Verortung des Autors ist deshalb wichtig, weil Walzers hier zu diskutierendes Büchlein, das acht Aufsätze zu verschiedenen Fragen der politischen Theorie und Praxis enthält, seinen Schwerpunkt bei ethnischen und nationalistischen Problemen findet, die eine Herausforderung des liberalen Denkens darstellen, aber gleichwohl die oben erwähnten Fragen überall durchschimmern läßt. Die Aufsätze befassen sich mit der liberalen Demokratie, mit Fragen des Nationalismus und mit Besonderheiten des amerikanischen Politikdenkens. Auch Walzer geht es – in unterschiedlichen Anläufen – immer wieder um die klassische Frage: Wie können Menschen

miteinander leben? Wie lassen sich individuelle Freiheit und soziale Integration vereinen, insbesondere dann, wenn Gruppen zusammenleben, die auf ihrer (ethnischen, religiösen oder kulturellen) Unterschiedlichkeit beharren?

1. Was ist denn überhaupt eine liberale Gesellschaft? Überraschend, auf den zweiten Blick aber leicht nachvollziehbar ist Walzers Formulierung, der Liberalismus sei nicht ein durch die Beseitigung von Mauern und Grenzen freiheitsschaffendes Prinzip, sondern schaffe eine „Welt von Mauern“; Mauern, von denen jede eine neue Freiheit erzeuge. In der Tat handelt es sich beim liberalen Modell um eine „Kunst der Trennung“: der Trennung zwischen Kirche und Staat, zwischen Wissenschaft und Obrigkeit, zwischen Markt und Staat, zwischen Familie und Herrschaft, zwischen Privatheit und Öffentlichkeit. Die voneinander separierten Institutionen folgen zu einem großen Teil ihrer inneren Logik. Erfolg in einem Handlungsbereich kann nicht automatisch in Erfolg in einem anderen Handlungsbereich umgemünzt werden. Das sichert auch die Gleichheit der Individuen. Walzer kritisiert die Auffassung der Linken, die solche Trennungen immer als Heuchelei und Verschleierung betrachtet haben. Aber man dürfe den Individualismus nicht überziehen: Die liberale Ordnung sei eine der voneinander separierten Institutionen, nicht eine der völlig freigesetzten Individuen, die selbst wieder in freier Übereinkunft Institutionen nach Belieben bilden. „Der einzelne lebt in einer Welt, die er oder sie nicht geschaffen hat.“ Der liberale Held sei eine Vorspiegelung soziologischer Tatsachen. Wir seien auf gewachsene „Räume“ des Handelns angewiesen.

Walzers idealtypische Beschreibung des liberalen Modells kann das Verständnis für diese Einstellung heben, zumal er durchaus die Begrenzungen dieses Entwurfs, etwa Zusammenhän-

ge zwischen dem wirtschaftlichen und politischen Bereich, sieht und eingesteht; das führt zu freilich etwas diffusen Einschränkungen. Jedenfalls muß der Staat die erwähnten Abgrenzungen sichern, etwa die Marktmacht auf das ihr angestammte Gebiet beschränken: Walzer nennt dies „Sozialdemokratie“.

2. Was ist die Rolle des Individuums in dieser liberalen Demokratie? Walzer arbeitet vier herkömmliche Antworten heraus und plädiert für eine fünfte. Die erste Antwort ist die republikanische Idee: Das „gute Leben“ sei im politischen Gemeinwesen zu finden, der engagierte, politisch aktive, kooperative Staatsbürger Rousseauscher Prägung ist die Idealgestalt. Auch die Erneuerer bürgerlicher Tugenden wollen heute den Bürger auf diesen Aktivismus verpflichten, und sie übersehen dabei nach Walzers Meinung nicht nur die Zwänge einer repräsentativen Ordnung, sondern auch die andersartigen Interessen der Individuen.

Die zweite Antwort ist der *homo faber*, der produktiv-schöpferische Mensch sozialistischer Visionen, der in einer von allen kapitalistischen Zwängen befreiten Gesellschaft seine ungebremste Schaffenskraft entfaltet; aber das Modell einer Gesellschaft, die sich auf die „Verwaltung von Sachen“ beschränkt, sei unrealistisch.

Die dritte Antwort ist der souveräne Konsument. Ein gutes Leben zu führen heißt dann, persönliche Entscheidungen fällen zu können. Der Markt ist der Hort der Fülle, man braucht nur einen Minimalstaat. Dabei werde übersehen, daß Marktmechanismen einen gestaltenden Staat benötigen.

Die vierte Antwort zielt auf die Gemeinschaft der Nation. Die Individuen sind durch Blutsbande und Geschichte verbunden, sie sind Teil eines organischen Ganzen. Das gute Leben ist hier eher eine Frage der Identität als der Aktivität. Allzu leicht entarte diese

Idee in einen nationalistischen Fanatismus.

Walzer offeriert daher eine fünfte Antwort. Nur in der „zivilen Gesellschaft“ könne man ein gutes Leben führen. Er entwirft ein Bild von Menschen, die sich freiwillig vereinigen und miteinander kommunizieren, die um der Geselligkeit willen Gruppen bilden. Dieses Bild sei mit den vorherigen Bildern nicht unvereinbar; es stelle nur ihre Einseitigkeit in Frage. Die zivile Gesellschaft sei ein „Handlungsraum von Handlungsräumen“, und viele Handlungsräume, gesichert und abgegrenzt, seien nötig, um ein gutes Leben zu führen.

In gewisser Hinsicht ist die Besinnung auf die vielfältigen Facetten menschlicher Existenz selbstverständlich, und zugleich wirkt der Entwurf einer sich in vielfältiger, freier Geselligkeit zusammenfindenden Gesellschaft naiv. Aber man kann aus dieser Beschreibung Walzers ablesen, daß politiktheoretische Betrachtungen ihre kulturspezifische Prägung – in diesem Falle aus einem spezifisch amerikanischen Kontext stammend – besitzen.

Walzer warnt realistischere Weise zugleich davor, die zivile Gesellschaft zu verherrlichen: Der Staat ist keine Vereinigung wie die anderen – und auch dies muß mehr den Amerikanern als den Europäern ins Stammbuch geschrieben werden. „Nur ein demokratischer Staat kann eine demokratische zivile Gesellschaft schaffen, nur eine demokratische zivile Gesellschaft kann einen demokratischen Staat aufrechterhalten.“ Der Staat ist aber niemals bloß ein äußerer Rahmen für die Gesellschaft, er ist auch „ein entscheidendes Kampfmittel, das dazu verwandt wird, das gemeinsame Leben zu gestalten.“ Das muß den Europäern, die eher an einem übergroßen Staatsvertrauen leiden, nicht gesagt werden.

3. Ist die liberale Demokratie durch den aufkommenden Nationalismus in Gefahr? Wir erleben in diesen Jahren

eine Wiederkehr der „Stämme“ und des Stammesdenkens. Walzer macht deutlich, daß die Individuen in der Geschichte meist in heterogenen Sozialstrukturen lebten. Das erste Modell ist das multinationale Imperium, in dem die Menschen einem fernen Machtzentrum unterworfen waren, das meist in einer Mischung aus Toleranz und Unterdrückung agierte. Das zweite Modell ist die Föderation, ein demokratisiertes, dezentralisiertes Imperium, wie dies der Idee nach in der Tschechoslowakei oder in Jugoslawien der Fall war. Ein Staat, viele Völker – das scheint heute nur unter tyrannischen Regierungsformen möglich zu sein. Das dritte Modell ist das Einwanderungsland, in dem die Immigranten keine territoriale Grundlage für kulturelle Segmentierung hatten. Der „Schmelztiegel“ der USA ist das Paradigma. Aber in Wahrheit gab es auch dort „Amerikanisierungskampagnen“ und Versuche, den Patriotismus zur nationalen Grundlage zu machen. Doch im Grunde sind die Vereinigten Staaten auf ethnischen Pluralismus verpflichtet, es ist eine „unabgeschlossene Gesellschaft“, die unterschiedliche Lebensmöglichkeiten bietet. Das vierte Modell ist der Nationalstaat, in dem es nationale Minderheiten oft schwer haben.

Es gibt keine sauberen Lösungen, die sich für alle Situationen verallgemeinern lassen. In Ländern, in denen eine relativ homogene Bevölkerungsmehrheit besteht, läßt sich der Staat nicht neutralisieren – oder könnte man sich vorstellen, der französische Staat würde sich, angesichts starker Einwanderung, nicht mehr als „französischer“ verstehen? (Wogegen die Vereinigten Staaten, als „Nation von Nationalitäten“, in ethnischer, rassistischer und religiöser Hinsicht neutral seien). In Ländern, in denen durch starke Einwanderung die Mehrheit „umgedreht“ wurde, lassen sich keine einfachen Majoritätsprozeduren abwickeln – oder könnte man sich vorstellen, daß

das Selbstbestimmungsrecht Litauens aufgehoben wäre, wenn die Russen eine knappe Bevölkerungsmehrheit stellen würden? Andererseits gibt es Nationen, die vor langer Zeit einverleibt wurden, wie die Indianer in Nordamerika und die Maoris in New Zealand. Minderheiten können ein ganz unterschiedliches Aussehen haben: Zwischen den Albanern im Kosovo, den Schotten in Großbritannien und den orthodoxen Juden in den Vereinigten Staaten bestehen gravierende Unterschiede.

Es gibt also, wie gesagt, keine sauberen und einheitlichen Lösungen – das heißt zum einen: Eine Vielfalt von Regelungen ist möglich, Sezession, Grenzänderungen, Föderation, regionale oder zweckgerichtete Autonomie, kultureller Pluralismus, verschiedene Förderungsmaßnahmen und so weiter. Diese Schlußfolgerung Walzers ist wohl wahr, wenn auch für die praktische Politik nicht sehr hilfreich; aber offenbar läßt sich nicht einmal eine allgemeine Typologie der Art aufstellen, unter welchen Bedingungen welche Lösung naheliegend wäre.

Zum anderen: „Statt bestehende Unionen zu unterstützen, wäre ich geneigt, jede Unabhängigkeitserklärung zu befürworten . . . Laßt die Völker gehen, die gehen wollen. Viele von ihnen werden nicht allzu weit fortgehen.“ Und allenfalls kämen sie bald wieder. Nur gebe es eine Art von Unterhaltspflicht durch den bessergestellten Partner, der sich nicht abrupt verabschieden dürfe – und der nicht ab sofort die Minderheiten in seinem eigenen Lande unterdrücken dürfe. Erst Sicherheit schaffe die Möglichkeit, eine komplexere Identität – in Überlagerungen und in verschiedenen Reichweiten – zu erwerben.

Man weiß nicht recht, ob das Walzersche Dissoziationsprinzip dem liberalen Denken oder der Hilflosigkeit bei der Betrachtung der gegenwärtigen Welt entspricht; vielleicht beidem, und wir können ihm beides nach-

fühlen. Ein wenig scheint Walzer allerdings die Animositäten zu unterschätzen, die sich mit solchen Trennungsvorgängen verbinden: die im Vorlauf der Separation aufgebauten Aversionen und nationalistischen Abgrenzungsgefühle.

4. Was heißt das: eine Gesellschaft von Gruppen? Walzer expliziert am Beispiel ethnischer Minderheiten in den Vereinigten Staaten, unter welchen Bedingungen sich Gruppen konsolidieren können: Sie müssen sich gegen eine ethnische Nationalisierung wehren, ihre Identität „feiern“ und eine organisatorische Basis schaffen. „Suchen sie Unterstützung, Trost und ein Zugehörigkeitserlebnis, wenden Männer und Frauen sich an ihre Gruppen, suchen sie Freiheit und Bewegungsmöglichkeit, dann wenden sie sich an den Staat.“

Walzers Vorstellungen über die politische Förderung der Gruppengesellschaft (die er als „korporatistische“ – nicht zu verwechseln mit Sozialpartner-Modellen – bezeichnet) gehen sehr weit. „Erstens, der Staat sollte sowohl kollektive als auch individuelle Rechte verteidigen; zweitens, der Staat sollte seine öffentlichen Feiern ausweiten, er sollte nicht nur an seine eigene Geschichte, sondern auch an die Geschichte aller das amerikanische Volk bildenden Völker feierlich erinnern; drittens, die Steuergelder sollten in die Kassen ethnischer Gemeinschaften fließen, um ihnen zu helfen, eine zweisprachige und bikulturelle Schulausbildung sowie gruppenorientierte Sozialleistungen zu finanzieren . . . dann muß man den ethnischen Gruppen auch von Rechts wegen irgendeine Art Vertretung innerhalb der staatlichen Organe, die dies alles ausführen, gewähren.“ Weiters wäre nach Walzers Meinung an ethnische Quotenregelungen zu denken, vom Obersten Gerichtshof bis zu den Universitäten, ja in allen Bereichen des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens.

Dieses Programm kann man nur mit Verwunderung zur Kenntnis nehmen. Daß ethnische Vertretungen mehr Geld vom Staat wollen, ist nachvollziehbar, wenn auch wohl strittig. Aber die Konflikte kann man sich ausmalen, wenn es darum geht, einerseits die Bereiche zu spezifizieren, für die Quotierungen vorgenommen werden (bei Wissenschaftlern, Chirurgen, Politikern, Friseuren, Direktoren?), andererseits die als „Quotenträger“ in Betracht kommenden Personengruppen festzulegen – warum nicht auch, neben eigentlichen (?) ethnischen Gruppen, Schwarze, Frauen, Anhänger religiöser Sekten, Homosexuelle und dergleichen, deren Gruppierungen für den einzelnen auch Beheimatung bedeuten. In Anbetracht der hochgespannten Forderungen mag sich auch der Verdacht aufdrängen, daß Walzer – als Mitglied des American Jewish Congress – hier vielleicht als Lobbyist für seine eigene *community* tätig ist.

5. Verfallen die politischen Tugenden des Zusammenlebens? Walzer ist – am Beispiel der Vereinigten Staaten – optimistisch: Die Loyalität gegenüber der Republik bestehe weiter; vom Verfall militärischer Einsatzbereitschaft könne man nicht sprechen; bürgerliche Selbstdisziplin habe eher zugenommen; Toleranz sei gewachsen. Es habe sich eine Verschiebung vollzogen: von Patriotismus und politischem Aktivismus, die Hingabe und Leidenschaft erfordern, hin zu zivilisiertem Verhalten und Toleranz – die Amerikaner seien daher „zivilisiertere Bürger“ und „weniger tugendhafte Staatsbürger“ als früher. Einen neuen politischen Aufschwung erwartet sich Walzer von einer „radikalen Demokratisierung der Unternehmensmacht“, einer partizipationsförderlichen „De-

zentralisierung staatlicher Tätigkeit“ und einer „Schaffung von Parteien und Bewegungen“ auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems. Damit können die Bürger in die Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten besser eingreifen.

„Wie sich ein solches Eingreifen tatsächlich durchführen läßt, kann ich hier nicht weiter erörtern.“ Das wäre interessant gewesen; so bleibt es bei wohlbekannten Forderungen, deren realistische Umsetzung noch nie dargestellt werden konnte.

6. Wird es eine europäische Einheit geben? Es gibt nach Walzers Auffassung einen grundlegenden Unterschied zwischen Europa und Amerika: „Wir können ihn den Gegensatz zwischen territorial begründeter und nicht territorial begründeter Differenz nennen.“ Die Einwanderer in den USA haben sich vermischt und territorial zerstreut; der Staat ist eine neutrale Einheit. Wo etablierte Mehrheiten mit distinkter Geschichte und Kultur in gesonderten Territorien existieren, wie in Europa, werden „Vereinigte Staaten“ anders aussehen. Migration ist dann ein Problem, anders als in Einwanderergesellschaften; entscheidend sind aber Zusammenarbeit und wirtschaftliche Hilfe auch in jenen Fällen, in denen alteingesessene Mehrheiten ihre Identität wahren wollen. Da hat Walzer sicher recht.

Zusammenfassung: scharfsinnige Beobachtungen und viel Banales, essayistisch-analytische Brillanz und moralische Vision. Da sich die europäischen Staaten *on the road* befinden, wie Otto Kallscheuer in seiner hilfreichen Einleitung vermerkt, ist das Buch als Beitrag zur Orientierung lesenswert.

Manfred Prisching